

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 19. November 2019**

**„Aktionen der Interventionistischen Linken (IL) in der Umweltbewegung“**

Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)  
der Gruppe Magnitz, Runge, Felgenträger (AfD)

Frage 10

**A. Problem**

Die Gruppe Magnitz, Runge, Felgenträger hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat aus den Feststellungen des Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg und des Bundesamt für Verfassungsschutz, wonach die IL in den neuen Umweltbewegungen wie Ende Gelände, Fridays for Future und Extinction Rebellion Fuß zu fassen versucht, um linksextremistisches Gedankengut auf eine breitere Basis vor allem bei jungen Menschen zu stellen?
2. Hat der Senat Annahmen anderer Ämter zum Anlass genommen, auch in Bremen und Bremerhaven Strukturen und Personen genauer im Hinblick auf die Gefahren der linksextremistischen Unterwanderung und Aufstachelung zu Straftaten gegen Personen und Sachen zu beobachten?
3. Hat der Senat Erkenntnisse darüber gesammelt, ob es strukturelle und personelle Verbindungen der IL insbesondere zur Partei Die Linke sowie zu deren Jugendorganisation, den Jusos und der grünen Jugend gibt?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Fragen 1 und 2:**

Die linksextremistische Szene sucht nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzverbundes seit langem Anschluss an nichtextremistische Themenfelder und Akteure, beispielsweise die Umwelt- und Klimabewegung.

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört es, die gewaltorientierte linksextremistische Szene und ihre Einflussnahme auf Dritte zu beobachten. Der Senat misst vor allem der Extremismusprävention besondere Bedeutung bei, zum Beispiel über gezielte Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes.

### **Zu Frage 3:**

Der Senat nimmt grundsätzlich keine Stellung zu Parteiorganisationen, die nicht als extremistisch eingestuft sind. Die Partei „DIE LINKE“ und die genannten Jugendorganisationen sind keine Beobachtungsobjekte des Landesamtes für Verfassungsschutz in Bremen.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender- Prüfung**

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Männer und Frauen sind in gleicher Weise betroffen.

### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Keine Abstimmung erforderlich.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt über das zentrale elektronische Informationsregister.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 04. Nov. 2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Magnitz, Runge, Felgenträger (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.